

Antrag

der Abg. Nico Weinmann u. a. FDP/DVP

Bedeutung und Zukunft des Fernstudienwesens in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie viele Menschen in Baden-Württemberg in den vergangenen zehn Jahren jeweils an einem Fernstudiengang teilnahmen (untergliedert nach Zahl der Ersteinschreibungen und Zahl der Abschlüsse);
2. die Angebote welcher Anbieter von Fernstudiengängen dabei genutzt wurden;
3. welche baden-württembergischen Anbieter von Fernstudiengängen ihr bekannt sind (unterteilt nach privaten und öffentlichen Anbietern);
4. welche Rolle sie der berufsbegleitenden wissenschaftlichen Weiterbildung über ein Fernstudium beimisst;
5. an welchen Förderprogrammen des Landes die öffentlichen oder privaten Anbieter von Fernstudiengängen profitieren können;
6. welche Kriterien zur Qualitätssicherung bei Fernstudiengängen ihr bekannt sind;
7. wie sie die Qualifikation erfolgreicher Absolventen von Fernstudiengängen einschätzt;
8. wie sie die Zukunft des Fernstudienmarkts einschätzt;
9. welche Potenziale sie dabei für die Hochschulen des Landes sieht;
10. inwiefern sie Unterschiede in der Qualität der Fernstudienangebote privater und öffentlicher Anbieter erkennt.

18.11.2016

Weinmann, Hoher, Haußmann, Keck, Dr. Schweickert FDP/DVP

Begründung

Fernstudiengänge ermöglichen den Erwerb eines akademischen Abschlusses flexibel und auch berufsbegleitend, da sie weitgehend auf Präsenzveranstaltungen verzichten. Die Zahl der Studierenden im Fernstudium steigt seit Jahren stetig an.

In einer Podiumsdiskussion am 17. Oktober 2016 erklärte Frau Ministerin Bauer laut Berichterstattung, sie wünsche sich mehr Engagement der staatlichen Hochschulen im Fernstudienmarkt, da sie diesen mehr

zutraue als den heute dominierenden privaten Anbietern und diese nach einem Zitat aus den Stuttgarter Nachrichten vom 19. Oktober 2016 insbesondere „einen anderen Qualitätsstandard“ hinbekämen. Diese Äußerung wirft die Frage auf, ob die Ministerin als Aufgabe ihres Amtes zuvörderst die optimale akademische Bildung von Studierwilligen ansieht oder ob sie sich in erster Linie als Lobbyistin der ihrem Fachbereich zugeordneten öffentlichen Anbieter begreift.